

Fietkau, Hans-Joachim

**Article — Digitized Version**

## Vom Umweltbewußtsein zur Umweltpartei

Zeitschrift für Parlamentsfragen

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Fietkau, Hans-Joachim (1979) : Vom Umweltbewußtsein zur Umweltpartei, Zeitschrift für Parlamentsfragen, ISSN 0340-1758, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, Vol. 10, Iss. 2, pp. 155-160

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122563>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

# DOKUMENTATION UND KURZANALYSEN

## Vom Umweltbewußtsein zur Umweltpartei

Die Durchsetzung einer sinnvollen Umweltpolitik muß in doppelter Hinsicht an der Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit anknüpfen: Zum einen ist es erforderlich, daß umweltbetonte Infrastrukturangebote (z.B. Altglascontainer, öffentliche Nahverkehrsmittel) und Produkte (z.B. Recyclingpapier) von der Bevölkerung angenommen werden, und zum anderen bedarf die Umweltpolitik der politischen Unterstützung durch die öffentliche Meinung.

### *Umweltbewußtsein*

Unter Umweltbewußtsein sollen Einstellungen, Verhaltensweisen, Handlungsmotive, Wünsche und Erwartungen verstanden werden, die sich auf die natürliche Umwelt des Menschen beziehen. Ein Kennzeichen von Umweltbewußtsein, bzw. von umweltbewußtem Verhalten ist die Bereitschaft, Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen, die dem Handelnden nicht als konkrete Einzelne gegenwärtig sind, die räumlich und/oder zeitlich entfernt leben<sup>1</sup>.

Für viele Handlungsweisen, die Umweltschäden verursachen, stellt die Rechtsordnung kaum Normen bereit. Handlungen, die erst dadurch ungünstige Effekte hervorrufen, daß sie durch sehr viele Menschen vollzogen werden und deren ungünstige Effekte sich auf sehr viele Menschen — möglicherweise erst zukünftige Generationen — beziehen, stellen ein Phänomen dar, das erst im 20. Jahrhundert auf breiter Basis Bedeutung erlangt und bislang in der Gesetzgebung kaum Niederschlag gefunden hat. Wir sehen uns der Forderung gegenüber, bestimmte, die Umwelt belastende Handlungen zu unterlassen (z.B. Ferntourismus) und andere Verhaltensweisen zu realisieren (z.B. Benutzung öffentlicher Transportsysteme), ohne daß entsprechende gesetzliche Normen vorliegen.

Nun gibt es Verhaltensbereiche, die ohne Vorliegen gesetzlicher Normen reguliert sind und in denen der Einzelne sein Verhalten auf das Gemeinwohl ausrichtet und die Bedürfnisse anderer in Rechnung stellt, z.B. Rücksichtnahme auf ältere und gebrechliche Mitmenschen. Anders als im Umweltschutzbereich kann jedoch hier davon ausgegangen werden, daß diese Verhaltensweisen in ihrer Grundstruktur über Generationen tradierte Normen oder kulturelle Werte darstellen. Vielleicht ist es so, daß gerade jene

<sup>1</sup> Die Diskussion um die sozialwissenschaftlichen Aspekte der Kernkraftproblematik wird i. F. aus der Darstellung ausgeklammert. Hierzu ist eine eigenständige Analyse erforderlich, vgl. P. C. Mayer-Tasch: Atomenergie — und sie bedroht uns doch, Zeitschrift für Rechtspolitik, 1979, Heft 3, S. 59 f.

Handlungsbereiche, die nicht in den kulturellen Normen eines Volkes repräsentiert sind, verstärkt der juristischen Kodifizierung bedürfen. Für ökologisch orientierte Handlungen fehlen jedoch weitgehend beide Steuerungsaspekte – die kulturell tradierten Handlungsnormen und die juristische Kodifizierung. Das Fehlen juristisch und kulturell verankerter Normvorstellungen in dem durch die Begriffe „Umweltbewußtsein“ und „umweltbewußtes Verhalten“ gezeichneten Bereich macht diese Verhaltens- und Erlebensweisen außerordentlich instabil und abhängig von ideologischen und weltanschaulichen Strömungen. Ebenso schnell wie Umweltfragen in das Bewußtsein der Bevölkerung gerückt sind, können sie mutmaßlich durch andere Problemkreise substituiert bzw. modifiziert werden.

### *Bedürfnisgerechte Umweltplanung*

In zunehmendem Maße müssen – auf Grund objektiver Erkenntnisse und gewachsenem Interesse an Umweltfragen – Belange des Umweltschutzes bei der Einführung neuer Produkte und Produktionsformen, bei Industrieansiedlungen, städtischen und regionalen Planungen und bei der architektonischen Gestaltung von Wohnarealen berücksichtigt werden, um den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Dieser Notwendigkeit wird zunehmend zum einen durch gesetzliche Regelungen, Normen und Grenzwertbestimmungen Rechnung getragen. Zum anderen ist es in vielen Bereichen – wie z. B. städtebauliche Planung – erforderlich, die Umweltgestaltung im Dialog mit den Betroffenen zu vollziehen, weil eine Vielzahl hier relevanter Bedürfnisse und Präferenzen sich einer sinnvollen und überdauernden gesetzlichen Regelung entziehen. Partizipationsorientierte Planung wirft jedoch komplexe wissenschaftliche und praktische Probleme auf, wenn zwei Entwicklungstendenzen als gegeben akzeptiert werden:

(1) Der Planungszeitraum für städtebauliche Planungsmaßnahmen und große industrielle Anlagen wächst.

(2) Die Anforderungen des Menschen an seine Umwelt verändern sich. Betrachtet man den Präferenzwandel von Wohnformen und die sich ändernden Bevorzugungen von Wohngebieten in der Bevölkerung in den letzten 10 Jahren, so kann man zu dem Schluß kommen, daß der sich hier vollziehende Wertwandel rascher verläuft als noch vor etwa 50 oder 100 Jahren.

Aus den beiden Annahmen ergibt sich, daß es zunehmend schwieriger wird, aus den Einstellungen, Urteilen und Verhaltensweisen der Betroffenen, die diese zum Planungszeitpunkt haben, auf entsprechende Stellungnahmen zum Zeitpunkt der Realisierung zu schließen. Es bieten sich in der Grundstruktur zwei Lösungen für dieses Problem an:

(1) Nach Abschluß des partizipatorischen Planungsprozesses werden die betroffenen Bürger durch geeignete Maßnahmen auf angemessene Nutzungsformen der sich durch die Planung verändernden Umwelt vorbereitet, wobei es hierfür notwendig ist, Formen zu finden, die nicht in eine Manipulation der Betroffenen münden.

(2) Die Bedürfnisse der Betroffenen werden – gestützt durch sozialwissenschaftliche Analysen – prognostiziert. Eine Vorausschätzung umweltrelevanter Einstellungen und Verhaltensweisen muß jedoch beim derzeitigen Wissensstand in den Sozialwissenschaften als außerordentlich problematisch gelten.

Im ersten Fall wird Umweltbewußtsein und umweltbewußtes Verhalten als von den Ereignissen des Planungsprozesses abhängige Größe verstanden. Im zweiten Fall wird der Planungsprozeß als abhängig von den Bedürfnissen der Betroffenen aufgefaßt. Eine realitätsgerechte Planung wird beide Möglichkeiten zur Optimierung des gemeinsamen Zieles nutzen. Sowohl die Beantwortung der Frage, wie Umweltbewußtsein unter planerisch-politischen Gesichtspunkten verändert werden kann, als auch die Frage, wie es sich im Verlauf der Zeit entwickelt, erfordert ein Wissen um die Determinanten des Umweltbewußtseins, einmal, um aus dieser Kenntnis zu den Ansatzpunkten einer Veränderungsstrategie zu kommen und zum anderen, um aus einer Prognose der Veränderung der Determinanten auf eine Veränderung des Umweltbewußtseins selbst schließen zu können. Hier stellen sich wichtige Aufgaben für die sozialwissenschaftliche Forschung.

### *Umweltschutz – Bürgerinitiativen*

Die wachsende Wahrnehmung der Bedeutsamkeit von Umweltproblemen<sup>2</sup> in breiten Bevölkerungsgruppen findet in der Bildung von Bürgerinitiativen, Grünen Listen und Umweltparteien ihren institutionalisierten Ausdruck. Die Zahl der Bürger, die sich für Fragen des Umweltschutzes in Initiativen, politischen Parteien und Vereinen engagieren, wächst. Umweltschutz scheint mehr als ein kurzfristiges politisches Modethema zu sein; die bislang seitens der Gesetzgeber unternommenen Anstrengungen in diesem Bereich haben nicht zu einem Rückgang der allgemeinen Besorgnis gegenüber den drängenden Umweltproblemen der Bevölkerung geführt. Umweltprobleme haben in der öffentlichen Diskussion einen hohen Stellenwert, wobei analytisch drei Problemebenen in der politischen Diskussion unterschieden werden können:

(1) *Die Entwicklung einer philosophisch gesellschaftskritischen Grundhaltung*, die im Gegensatz zu herkömmlichen, überlieferten Denkschemata steht. Gezielte Fragen aus diesem Bereich: Brauchen wir alternative Lebensformen, um mit den ökologischen Problemen in Zukunft fertig zu werden? Wie können solche Lebensformen aussehen, und wie können sie realisiert werden? Sind die drängenden Umweltprobleme in politischen Prozessen, die in westlichen Demokratien gegeben sind, zu lösen, oder müssen wir nach anderen, neuen politischen Entscheidungsstrukturen suchen?

(2) Die Diskussion von Umweltschutzbelangen in den *klassischen Bereichen der Umweltpolitik*, beispielsweise bei der Grenzwertfestsetzung in den einzelnen Medien (Luft, Wasser, Abfall, Lärm, Gestaltung der Landschaft), aber auch in der Beschäftigung mit neuen Bereichen der Umweltpolitik und -problematik wie der Wirkung von Umweltchemikalien auf Menschen und Ökosysteme, gesellschaftlichen Konsequenzen von DNA-Forschung und anderen Bereichen des "Bio-Engineering".

(3) Das Engagement für Fragen des Umweltschutzes auf der *lokalen Planungsebene*. Hier geht es im wesentlichen um Standort-Festsetzung für Industrieunternehmen, die Errichtung von Grünanlagen und Fußgängerzonen, Kraftwerken usw.

2 Vgl. Umweltgutachten 1978 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen.

Es fällt auf, daß die Umweltschutzbewegung in der Bundesrepublik, mit Ausnahme der Naturschutzbewegung, sich in der öffentlichen Auseinandersetzung, abgesehen vom Energie- und Kernkraftbereich, auf zwei Ebenen konzentriert hat: auf die philosophisch-ökologischen Grundfragen und die lokale Planung. Pauschalisiert läßt sich feststellen: es gibt hierzulande keine breite Bürgerbewegung, die sich politisch sichtbar und einflußreich mit den Problemen der klassischen Umweltpolitik (Ebene 2) auseinandersetzt. Die Bürgerinitiativbewegung im Umweltschutzbereich hat die seitens der Regierungen in Bund und Ländern vorgenommenen und geplanten Umweltschutzgesetze (z. B. Bundesimmissionsschutzgesetz, Wasserabgabengesetz, Umweltchemikaliengesetz) thematisch kaum sichtbar aufgegriffen. Die Diskussion in der Bürgerinitiativbewegung geht weitgehend an den konkreten umweltpolitischen Steuerungsmaßnahmen vorbei – oder aus der anderen Perspektive gesehen: die Problematik in der Bürgerinitiativbewegung findet in der ministerialen Umweltpolitik wenig deutlich eine Entsprechung. Dieses nicht miteinander, sondern eher aneinandervorbei Reden und -Denken führt zu einer wechselseitigen Skepsis, die verständlich macht, warum in breiten Bevölkerungskreisen der Eindruck vorherrscht, es würde nicht genug seitens der Bundesregierung unternommen, um der Umweltprobleme Herr zu werden. Auf der anderen Seite wird daraus verständlich, daß seitens derer, die politisch und/oder administrativ für die Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland Verantwortung tragen, das Gefühl sich herausbildet, in den laufenden Aktivitäten nicht hinreichend akzeptiert und durch die Bevölkerung mitgetragen zu werden.

### *Umweltpolitik und öffentliche Meinung*

Die Gefährdung der Umwelt ist ein von den Bürger der Bundesrepublik sehr ernst genommenes Problem<sup>3</sup>. Unter 20 politischen Forderungen rangierte 1978 die Forderung nach einer konsequenten Umweltpolitik direkt nach solchen Forderungen, die die Sicherung der ökonomischen Situation des einzelnen und die innere Sicherheit betreffen. Diese Priorität war in den letzten Jahren relativ stabil, wie auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Gutachten 1978 feststellte.

Für 76 % der Bevölkerung war der Umweltschutz ein Anliegen, das ihnen besonders wichtig ist. Gleichzeitig halten die meisten Probleme des Umweltschutzes für lösbar. Von denjenigen, die Umweltschutz für ein großes, aber grundsätzlich lösbares Problem halten, sahen 27 %, also mehr als jeder vierte, Anfang 1978 bei den etablierten Parteien der Bundesrepublik keine akzeptablen Lösungsansätze. Die Bevölkerung erwartet die Lösung des Umweltproblems eher von außerparlamentarischen spontanen Gruppen. Nur 11 % stimmen der Ansicht zu, wer sich für Umweltschutz einsetzen wolle, der brauche nur in eine Partei einzutreten und dort dafür zu arbeiten; dagegen sind 53 % der Befragten dafür, außerparlamentarischen Gruppen wie Bürgerinitiativen Mitbestimmungsmöglichkeiten zuzubilligen.

<sup>3</sup> Umfrage des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (Wissenschaftszentrum Berlin) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, März 1978.

Während die thematische Einseitigkeit und die Erweiterung des Parteienspektrums politische Gesichtspunkte darstellen, die den Wahlchancen einer Umweltpartei im Wege stehen, gibt es auch soziale Trends, die die Zukunftsaussichten der Umweltbewegung insgesamt zur Zeit begünstigen. Es wäre eine sicherlich verkürzte Sichtweise der Problematik, wollte man die ohne Frage vorhandene Popularität der Umweltschutzbewegung, gerade wie sie sich in Bürgerinitiativen artikuliert, allein aus der Sorge der Bevölkerung um die vorhandenen Umweltprobleme erklären. Auch außerhalb des Umweltschutzbereiches haben sich Bürgerinitiativen gebildet. Neben dem inhaltlichen Interesse an Umweltproblemen und der damit verbundenen Sorge wird in der Bürgerinitiativbewegung der Wunsch nach neuen politischen Organisationsformen und Partizipationsmöglichkeiten deutlich. Der einzelne steht ja nicht allein einer immer anonym werdenden staatlichen und industriellen Bürokratie gegenüber — auch die politischen Parteien sind für viele zu undurchschaubaren Institutionen politischer Macht geworden. Dem steht ein Bedürfnis gegenüber, die gesellschaftliche Umwelt zumindest im eigenen engeren Lebensraum mitzugestalten. Derartige Mitgestaltungsmöglichkeiten werden durch Bürgerinitiativen angeboten. Durch die Begrenztheit der politischen Ziele werden dort Erfolgerlebnisse für das eigene Engagement relativ schnell deutlich.

Die „Grünen Parteien“ sind von Ausnahmen abgesehen als politische Verlängerung der Bürgerinitiativbewegung im Umweltschutzbereich anzusehen. Hier tut sich jedoch ein Dilemma auf. Auch wenn sich vielleicht umweltpolitische Interessen in einer politischen Partei besser artikulieren und vertreten lassen als in einer Bürgerinitiative, kann das Partizipationsbedürfnis, das wesentlich Bürgerinitiativen hervorbringt und am Leben hält, in einer größeren politischen Einheit, wie sie eine Partei notwendig darstellt, nicht in der gleichen Weise befriedigt werden wie in Bürgerinitiativen. So kann es nicht verwundern, daß in der Umweltschutzbewegung eine Diskussion um die Sinnhaftigkeit einer Parteibildung aufgebrochen ist, in der die Interessen nach politischer Durchsetzung von umweltpolitischen Vorstellungen auf der einen Seite und der Wunsch nach außerparteilicher politischer Partizipation auf der anderen Seite aufeinander stoßen. Die weitere Entwicklung wird zeigen, welche der beiden Grundströmungen in der Umweltschutz-/Bürgerinitiativbewegung sich in der Bundesrepublik durchsetzt; wir werden dadurch auch Aufschluß über Grundmotivationen erhalten, die die Umweltschutzbewegung in der Bundesrepublik tragen.

### *Chancen für die „Grünen Parteien“*

Die Bedeutung der Umweltproblematik in der öffentlichen Meinung und die Skepsis, daß durch die etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik in diesem Problembereich etwas erreicht werden kann, wurde im Frühjahr 1978 bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen durch den Erfolg der „Grünen Parteien“ deutlich. Das spätere schlechte Abschneiden der „Grünen“ in Bayern und Hessen läßt vielfältige Deutungen zu. Sicher ist es aber verfehlt, daraus zu schließen, daß Umweltschutz als öffentlich diskutiertes Problem an Bedeutung eingebüßt hat. Es muß wohl

eher davon ausgegangen werden, daß die in den oben erwähnten Umfragen sich dokumentierende Bereitschaft zur Unterstützung einer ökologisch orientierten Partei nicht auf die real existierenden „Grünen Parteien“ bezogen werden kann. Das heterogene Feld der „Grünen Parteien“ ist dem durchschnittlichen Stimmbürger zu unübersichtlich und durch andere (nicht ökologische) politische Werte und Grundhaltungen überlagert. Es ist wahrscheinlich berechtigt, davon auszugehen, daß nach wie vor für eine ökologisch orientierte politische Gruppierung ein Wählerpotential vorhanden ist, das aber durch die real existierenden Gruppierungen nicht ausgeschöpft wird. Darüber hinaus wird in der oben bereits erwähnten Untersuchung deutlich, daß sowohl die vermutete thematische Einseitigkeit der „Grünen“ als auch Befürchtungen, die sich auf eine Ausweitung des Parteienspektrums in der Bundesrepublik richten, die Wahlchancen der „Grünen“ deutlich mindern. Das letzt genannte Bedenken, die als Gefahr wahrgenommene Ausweitung des Parteienspektrums, wird in hohem Maße auch von denen geteilt, die in einem enger definierten Sinne als Anhänger oder Interessenten einer potentiellen Umweltpartei gelten dürfen. Von diesem engeren Interessentenkreis würde nur jeder dritte eine Erweiterung des Parteienspektrums begrüßen. Diese Haltung behindert die Wahlchancen der „Grünen“ weit stärker als das Argument der thematischen Einseitigkeit. Während im Bevölkerungsdurchschnitt der Bundesrepublik dies als einen erheblichen Nachteil ansieht, teilen diese Skepsis unter den potentiellen Anhängern der Umweltpartei nur 14 %; 69 % sehen hingegen in dieser Einseitigkeit sogar einen Vorteil. Es muß davon ausgegangen werden, daß der Prozeß der politischen Institutionalisierung des Umweltgedankens in der Bundesrepublik fortschreitet. Welche Rolle hierbei die politischen Parteien, die Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände spielen werden, ist angesichts der zur Zeit hektisch verlaufenden Entwicklung schwer zu prognostizieren. Ob eine Stärkung einer außerparlamentarischen Gegenkraft (Bürgerinitiativen) im Umweltbereich erfolgt, ob die Bürgerinitiativen sich politisch als Partei formieren, ob die traditionellen Naturschutzorganisationen stärkeren Einfluß auf die Umweltpolitik nehmen werden oder Umweltschutz zu einer zentraleren Frage und Aufgabe der etablierten Parteien wird, muß offen bleiben.

*Hans-Joachim Fietkau*